



Auskunft erteilt:	Frau Kapell	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1530	e-mail:	Sabine.Kapell@Stadt.Koblenz.de
Koblenz,	08.12.2022		

Niederschrift Nr.

über die Sitzung des Unterausschusses vom 10.11.2022

Anwesend sind:

	Ratsfraktion AfD Frau Katrin Vogel,
Vorsitzende/r des Gremiums Herr David Langner, Oberbürgermeister	Stv. Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI Herr Kevin Wilhelm, c/o in die Linke-Par- tei-Fraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Dr. Alexandra Brinke, Frau Ute Görgen, c/o Fraktion Grüne Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch,	Ratsfraktion FDP Herr Manuel Sartoris,
Ratsfraktion CDU Herr Manfred Diehl, Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling, Herr Rudolf Kalenberg, Frau Melina Marx,	Sonstige Ehrenämter Frau Julia Thönnies, Jugendrat,
Ratsfraktion SPD Herr Detlev Pilger, Herr Norman Nell, Herr Manfred Bastian,	Verwaltung Herr Johannes Mader, Frau Dagmar Körner, Herr Frank Hastenteufel, Herr Sascha Langenstein,
Ratsfraktion FW Frau Julia Maria Kübler,	Schriftführer/in Frau Sabine Kapell,

Oberbürgermeister Langner begrüßt die Anwesenden.

Beginn der Sitzung: 16.30 Uhr

Ende der Sitzung: 18.00 Uhr.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Etatberatungen 2023 - Einbindung der Fachausschüsse
Vorlage: UV/0359/2022
- Punkt 2: Etatberatungen 2023 – Produkt 5543 Klimaschutz – Einbindung der Fachausschüsse
Vorlage: UV/0363/2022

- Punkt 3: Sachstand Erneuerbare Energien im Koblenzer Stadtgebiet (insbesondere Windkraft und Freiflächen Photovoltaik)
Vorlage: UV/0368/2022
- Punkt 4: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Etatberatungen 2023 - Einbindung der Fachausschüsse
Vorlage: UV/0359/2022

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss hat die Angelegenheit zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Seitens des Ausschusses wird nachgefragt, ob mit der derzeitigen Personalstärke die vielfältigen Aufgaben des Umweltamtes (auch gerade mit Blick auf Wasserrecht und Naturschutz) zu leisten seien.

Ferner wird aus der Mitte des Ausschusses auf das geplante EU-Renaturierungsgesetz (EU Nature Restoration Law) verwiesen und ob für die Umsetzung der EU-Maßnahmen bereits Mittel im Haushalt 2023 vorgesehen wären. Für die Erstellung des Renaturierungsplans sei im Gesetzesentwurf eine Frist von 2 Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes vorgesehen.

Oberbürgermeister Langner erklärt, aus fachlicher Sicht wäre mehr Personal natürlich zu begrüßen, aber aus Haushaltsgründen müsse er als Kämmerer auch immer die Ausgaben im Blick behalten und abwägen. Er verdeutlicht, dass er zusammen mit den Personalverantwortlichen bei Amt 10 darauf bedacht sei – auch während des laufenden Haushaltsjahres – zur Wahrnehmung der Pflichtaufgaben zusätzliche Stellen einzurichten. Mittel für die Umsetzung des geplanten EU Gesetzes sind im Haushalt 2023 noch nicht enthalten. Die Verwaltung wird das Thema aber im Blick behalten und entsprechend agieren.

Auf Anfrage aus dem Ausschuss, wie sich die Beträge bei der lfd. Nummer 14 (sonstige laufende Aufwendungen) auf Seite 215 zusammensetzen würden und wie es zu der Erhöhung komme, äußert Herr Mader (Amt 36) unter diese Position fielen verschiedene Kostenfaktoren, wie z.B. Datenverarbeitungskosten oder die Vergütung von Sachverständigen, auf die das Amt selbst keine Einflussnahme habe, da diese z.B. durch den städtischen Eigenbetrieb (KGRZ) vorgegeben würden oder im

Rahmen der Aufgabenerfüllung als ordnungsbehördliche Maßnahmen (z.B. bei Unfällen) wahrgenommen werden müssten.

Punkt 2: Etatberatungen 2023 – Produkt 5543 Klimaschutz – Einbindung der Fach-
ausschüsse
Vorlage: UV/0363/2022

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss hat die Angelegenheit zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Zur Maßnahme „Erstellung eines Fokuskonzepts Wärme- und Kältenutzung“ wird auf Nachfrage aus der Mitte des Ausschusses durch Frau Körner erläutert, dass der Vortrag zum Thema Geothermie in der letzten Sitzung des Umweltausschusses dazu dienen sollte, die verschiedenen Möglichkeiten von Wärmequellen in der Stadt zu untersuchen. Ferner führt sie aus, das in Zeile 14 (sonstige laufende Maßnahmen) erwähnte integrierte Vorreiterkonzept mit dem Ziel 2040 als Stadt Koblenz klimaneutral zu sein, solle dazu dienen, durch Untersuchungen der städtischen Immobilien bereits 2035 diese Kriterien zu erfüllen. Mit einem Endergebnis des Konzeptes sei hoffentlich Mitte 2024 zu rechnen.

Herr Mader (Amt 36) stellt klar, es gebe derzeit keine konkreten städtischen Maßnahmen, in deren Rahmen die Präsentation des Planungsbüros Pohl zur Geothermie erfolgt sei. Hintergrund dieser sei gewesen, vor der aktuellen Energiekrisensituation den politischen Entscheidungsträgern Lösungsmöglichkeiten – auch im Wasserschutzgebiet – aufzuzeigen. Die Anregung seitens des Ausschusses, die Präsentation auf der Homepage der Stadt Koblenz für die Bürger im Internet zugänglich zu machen, werde die Verwaltung gerne aufnehmen. Allerdings könne diese bereits jetzt über das Bürgerinformationssystem der Stadt Koblenz eingesehen werden.

Nach Ansicht eines Ausschussmitgliedes hinke die Stadt mit ihren 86 eigenen Gebäuden in Sachen Klimaschutz deutlich hinterher, wie z.B. beim hydraulischen Abgleich bei Heizungsanlagen oder auch beim Thema Photovoltaikanlagen, was bei privaten Immobilien bereits Standard sei. Hierzu brauche es auch das notwendige Personal in der Verwaltung. Weiter wird die Frage aufgeworfen, ob die Aufgabe Klimaschutz weiterhin organisatorisch als Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt bleiben solle oder eine Rückführung zum Umweltamt geplant sei.

Oberbürgermeister Langner antwortet, für die technische Umsetzung der genannten Maßnahmen wie z.B. die Umrüstung der Heizungsanlagen oder die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern sei das Zentrale Gebäudemanagement zuständig. Viele Bereiche innerhalb der Verwaltung seien vom Klimaschutz betroffen. Frau Körner mit ihrer Mitarbeiterin könne als Klimaschutzbeauftragte nur die

verschiedenen Verfahren anstoßen und koordinieren, aber im Baubereich befänden sich die wesentlichen Akteure, die sich mit diesen Fragen befassen müssten.

Gerade mit Blick auf die verschiedenen betroffenen Aufgabenbereiche und Ämter in unterschiedlichen Dezernaten, die zur Umsetzung notwendig seien, habe man seinerzeit den Klimaschutz bei seinem Dezernat mit entsprechender Gewichtung angesiedelt, da das Thema sonst nur ein Sachgebiet unter vielen im Umweltamt sei.

Auch hätten diverse geplante Maßnahmen zum Energiesparen bei städtischen Immobilien nicht umgesetzt werden können, weil Lieferengpässe oder fehlende Fachfirmen einer Realisierung entgegenstünden.

Ein Ausschussmitglied vertritt die Auffassung, dass im Bereich des Amtes 36 sowie beim Klimaschutz generell zu wenig Stellen im Vergleich zu anderen Ämtern vorhanden seien, um die Aufgaben zu bewältigen. Ihres Erachtens seien die Mitglieder des Stadtrates hier auch in der Pflicht, für eine ausreichende Mitarbeiterausstattung im Rahmen der politischen Entscheidungen zu sorgen, damit die Ziele erreicht werden könnten.

<p>Punkt 3: Sachstand Erneuerbare Energien im Koblenzer Stadtgebiet (insbesondere Windkraft und Freiflächen Photovoltaik) Vorlage: UV/0368/2022</p>

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss hat die Angelegenheit zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, Herr Hastenteufel sowie Herr Langenstein (Amt 61) stünden für Fragen in der Angelegenheit zur Verfügung.

Auf Anfrage aus der Mitte des Ausschusses erläutert Herr Hastenteufel an Hand von Kartenmaterial aus dem Geoportal mögliche Standorte für Windräder sowie die mit den jeweiligen Örtlichkeiten verbundenen Schwierigkeiten, wie z.B. Einflugschneisen vom Flughafen Winnigen, Hochspannungsleitungen, schützenswerte Tiervorkommen, die Konkurrenz zu wichtigen Landwirtschaftsflächen und insbesondere die Lagebeziehungen zum UNESCO Weltkulturerbe Mittelrheintal, das die Errichtung von Windenergieanlagen auf dem überwiegenden Stadtgebiet ausschließt. Zudem stelle sich immer die Frage, ob ein Investor auch auf diese vorgesehenen Flächen gehen wolle und die Standort für rentabel halte.

Ferner verdeutlicht Herr Hastenteufel an einem Beispiel in der Gemarkung Urmitz / Weißenthurm die Nutzung von Agrikultur PV-Anlagen, die eine gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung mit Solarstromerzeugung ermöglichen. So könnten die ohnehin knappen Landwirtschaftsflächen im Stadtgebiet weiter genutzt werden. Der seiner Zeit interessierte Investor hatte aber nur an der Errichtung herkömmlicher Freiflächen PV-Anlagen zu errichten und war nicht bereit Planungen in Richtung Agrikultur PV weiter zu betreiben.

Ein weiteres Problem bei der Umsetzung von erneuerbaren Energien seien die fehlenden Fachplaner innerhalb der Verwaltung und extern in den Planungsbüros. In den Ausschreibungsverfahren ein Planungsbüro zu finden, gestalte sich momentan sehr schwierig und wenn es gelänge, dann fielen die Honorarforderungen entsprechende hoch aus. Es konnte aber ein Büro gefunden werden, dass für die Stadt Koblenz das Stadtgebiet hinsichtlich Potenzialflächen für Windkraft und Freiflächen-PV und den geänderten rechtlichen Parametern (u.a. Abstand zu Wohnbebauung) überprüft.

Des Weiteren verweist Herr Hastenteufel auf eine geplante Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität am 24.01.2023 in dem die Potenziale der erneuerbaren Energien neben Themen wie Flächennutzungsplan und der Verkehrsanbindung der Bebauungsplanfläche „Fritschkaserne“ auch aus umweltplanerischer Sicht beraten würden.

Seitens des Ausschusses wird gebeten, bei der Standortwahl die Interessen der Landwirte mit im Blick zu behalten, da immer mehr kleinere Betriebe aufgeben müssten und die Flächen im Stadtgebiet diesbezüglich begrenzt seien. Hier sollten in Absprache mit der Landwirtschaftskammer Abfragen unter den Landwirten bzw. Eigentümern der Flächen erfolgen, wo Interesse bestehe, Grundstücke für eine solche Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Von Ausschussmitgliedern wird bemängelt, dass Verfahren bei Projekten zur Wind- oder Solarerzeugung auch mit bereits bekannten Investoren so lange bis zur Realisierung dauern würden. Hier dürften keine unnötigen Hürden seitens der Verwaltung aufgebaut werden, sonst werde man die Energiewende nicht schaffen.

Oberbürgermeister Langner gibt zu bedenken, dass sowohl für die Errichtung von Windkraftanlagen als auch zur Entwicklung von Freiflächen Photovoltaikparks Investoren an die Stadt herantreten seien. Die Verwaltung berate diese selbstverständlich bei ihren Anliegen und sei bestrebt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung zu schaffen. Aber es gebe nun einmal entsprechende Vorgaben, die die Kommunen einzuhalten hätte. Zudem finde man zu jedem Standort immer Befürworter und vor allem Gegner, die die Planungen verzögerten. Allerdings finde in der aktuellen Energiekrise langsam ein Umdenken in der Bevölkerung statt.

Herr Hastenteufel ergänzt noch, es gebe im Stadtgebiet keine konfliktfreien Flächen und so müsse immer durch die politischen Entscheidungsträger eine Abwägung der Interessen stattfinden auf Basis von fundierten Daten im Rahmen der Fachplanung.

Punkt 4: Verschiedenes
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss hat die Angelegenheit zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Oberbürgermeister Langner verweist auf die aktuellen Auswertungen der NO₂-Belastungen in Koblenz, die den Ausschussmitgliedern in Form einer Tischvorlage zur Verfügung gestellt werde.

Oberbürgermeister Langner schließt um 18.00 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

David Langner
Oberbürgermeister

Sabine Kapell